Niederschrift über die öffentliche

Sitzung des Umweltausschusses

am Montag, den 13.02.2017

im Kaspar-Hauser-Saal, Tagungszentrum Onoldia

Beginn:	16:00 Uhr
Ende	17:55 Uhr

Anwesenheitsliste

Vorsitzender

Forstmeier, Werner	lt. Geschäftsordnung als ältestes Stadtratsmitglied in Vertretung für Frau OB Seidel

Ausschussmitglieder

Bock, Dieter	Vertretung für Herrn Hannes Hüttinger
Enzner, Gerhard	
Hillermeier, Joseph	
Höhn, Sebastian	anwesend ab 16.15 Uhr
Kernstock-Jeremias, Kerstin	anwesend ab 16.20 Uhr
Koch, Helga	Vertretung für Herrn Markus Fabi
Krettinger, Beate	
Müller, Hubert	anwesend 16.20 Uhr, abwesend ab 17.50 Uhr
Sauerhammer, Gerhard	
Sauerhöfer, Jochen	

Sachverständige

Knörr, Konrad	abwesend ab 17.40 Uhr
Leyh, Kurt	

Schriftführerin

Kalmhöfer, Anja

Verwaltung

Brenner, Mathias
Fritsche, Harald
Wickerath, Stephan

Referenten

Büschl, Jochen	
Kleinlein, Udo	abwesend ab 17.30 Uhr

Abwesende und entschuldigte Personen:

Oberbürgermeisterin

Seidel, Carda	entschuldigt

Ausschussmitglieder

Denzlinger, Stefan	entschuldigt
Fabi, Markus	entschuldigt
Hüttinger, Hannes	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Sachstandsbericht Klimaschutz

TOP 2 Blühflächen - Antrag Herr Hüttinger

TOP 3 Biberstatistik 2016

TOP 4 Messwerte Luftgütemessstation 2016

TOP 5 Anfragen/Bekanntgaben

Herr Vorsitzender Forstmeier eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass ordnungsgemäß und termingerecht zur Sitzung des Umweltausschusses geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Sachstandsbericht Klimaschutz

Herr Wickerath stellt den Sachstandsbericht Klimaschutz vor.

Im ersten Teil seines Vortrages berichtet er über die Veranstaltungen des Klimaladens im Jahr 2016.
Im Februar fand ein Vortrag zum Thema Photovoltaik statt. Für diesen Vortrag konnte der Geschäftsführer der Solarstrom Roth GmbH gewonnen werden. Schwerpunkte des Vortrags waren die aktuellen Speichertechnologien sowie die Voraussetzungen für den Anschluss ans öffentliche Netz.
Im April 2016 fand ein Vortrag zum „10.000-Häuser-Programm“ statt. Hier erörterte der Ansbacher Energieberater Jakob Merbach die Fördervoraussetzungen und die Programmteile des 10.000-Häuser-Programms sowie die Kombination mit Förderprogrammen des Bundes (KfW, BAFA).
Ganz im Zeichen des Themas „Nachhaltig Trinken“ fand im Juni eine Ausstellung des VerbraucherService Bayern (VSB) zum Thema „KUNSTSTOFF – SEGEN ODER FLUCH?“ im Klimaladen statt.
Im Juli informierte das Amt für Stadtentwicklung und Klimaschutz im Klimaladen zum Thema „Potenzielle Radabstellanlagen in Ansbachs Kernstadt“.
Auf dem Infostand auf der Kontakta im September, der trotz der heißen Witterung recht gut besucht war, waren hauptsächlich die Themenbereiche Energieeinsparung und Förderprogramme für die Bürger von Interesse.
Ein Vortrag über den „Förderprogramm-Dschungel“ ergänzte im Oktober das Veranstaltungsspektrum des Klimaladens. Im Rahmen des Vortrags erläuterte der Ansbacher Energieberater Boris Jungbauer welche Förderprogramme der KfW bzw. des BAFA für einzelne Maßnahmen in Anspruch genommen werden können. Die Finanzberaterin der Sparkasse Ansbach, Nina Ziegler, erläuterte zudem die Förderkonditionen.
Neben dem Informationsstand auf dem 11. Energietag in Triesdorf mit dem Schwerpunkten auf dem Erneuerbare-Energien-Gesetz 2017 sowie den Klimaschutzzielen vom COP 21, gab es im November noch eine weitere Veranstaltung zum Thema „Energetische Sanierung von denkmalgeschützten Gebäuden“ im Klimaladen. Im Rahmen dieses Vortrags erläuterten Sonja Kraus von der Unteren Denkmalschutzbehörde und der Energieberater Jakob Merbach, dass sich energetische Sanierungsmaßnahmen und Denkmalschutz nicht ausschließen müssen.

Für das erste Halbjahr 2017 sind folgende Veranstaltungen im Klimaladen vorgesehen:
In der Zeit von Januar bis März 2017 findet eine Ausstellung des VerbraucherService Bayern zum Thema „Geplante Obsoleszenz“ statt. Bei der Ausstellung geht es um die geplant kurz gehaltene Haltbarkeit von Produkten durch den Hersteller.
Im März ist ein Vortrag zum Thema „Oberflächennahe Geothermie“ geplant. Dieses Thema ist in Ansbach noch ein Nischenthema. Bei dem Vortrag will der Referent, ein

Geologe einer Nürnberger Baufirma, die Potenziale abstecken, die in Ansbach vorhanden sind.
Im Mai sollen die Ausstellung „Elektromobilität erfahren“ und der Vortrag „Elektromobilität auch für Sie?“ den Blick darauf lenken, dass 20% der Treibhausgase durch den Individualverkehr verursacht werden. Schwerpunkte der Veranstaltung sind die Fördermöglichkeiten, der Ausbau der Lade-Infrastruktur sowie die Vor- und Nachteile der E-Mobilität.

In seinem Vortrag weist Herr Wickerath auch auf eine neue Beratungsleistung hin: Die beiden Energieberater, Herr Merbach und Herr Jungbauer, erweitern das Portfolio des Klimaladens durch Vor-Ort-Beratungen. Während im Klimaladen die Initialberatung stattfindet, kann durch eine Förderung des Bundeswirtschaftsministeriums zu sehr geringen Kosten eine Vor-Ort-Beratung durch die beiden externen Berater angeboten werden.

Auf Nachfrage von Frau Stadträtin Krettinger beziffert Herr Wickerath die Kosten für die Initialberatung auf 5 €, für die Vor-Ort-Beratung werden Kosten zwischen 10 € und 40 € fällig.

Zum Ausbau der erneuerbaren Energien berichtet Herr Wickerath, dass sich im Bereich der Biomasse, bei den thermischen Leistungen, weiterhin ein positiver Trend abzeichnet. Von 2015 zu 2016 kam es zu einer leichten Verflachung der Kurve, dies sei jedoch der Tatsache geschuldet, dass für 2016 keine BAFA-geförderten Hackschnitzel-Anlagen hinzugekommen sind.
Bezüglich der Solarthermie ergibt sich zwar weiterhin eine Steigerung, die Zeiten der großen Steigerungen wie zwischen 2001 und 2008 seien jedoch vorbei.
Herr Wickerath referiert weiter zum Thema Geothermie. In diesem Bereich habe es im letzten Jahr keine Zuwächse gegeben. Wie im Schaubild ersichtlich, sei es ein kaskadenförmiger Verlauf. Dieser ergebe sich durch die Inbetriebnahme großer Anlagen. Herr Wickerath stellte hier insbesondere eine 80-kW-Anlage in der Seniorenwohnanlage Quattro Ville heraus, die für den großen Anstieg im Jahr 2008 sorgte.
Im Bereich der elektrischen Energien konnte man in Jahren 2009 – 2015 einen sehr positiven Trend verzeichnen. Für 2016 zeichnet sich ab, dass der Trend tendenziell etwas rückläufig ist. Der ca. 20%-ige Rückgang beim Solarstrom begründet sich durch etwa 10% weniger Sonnenstunden als im Vorjahr. Bezüglich der Kraft-Wärme-Kopplung war im Jahr 2013 ein sehr positiver Trend zu beobachten. In den Jahren 2014 und 2015 waren die Zahlen durch eine Eingliederung des KWK-Gesetzes in das Erneuerbare-Energien-Gesetz hinsichtlich der Vergütung und die damit verbundene Verschiebung der Zahlen etwas rückläufig. Für das Jahr 2016 wurden diesbezüglich noch keine Zahlen von den Stadtwerken übermittelt.
Im Bereich der Windkraft seien seit 2014 positive Trends zu verzeichnen gewesen. Die bestehenden Windkraftanlagen im Bürgerwindpark Bernhardswinden können mit einer Nennleistung von je 2.400 kW bei einer Nabenhöhe von 120 m insgesamt etwa 3.000 Haushalte mit Strom versorgen. Der Windpark in Winterschneidbach befindet sich derzeit noch im Probebetrieb. Nächste Woche soll auf Normalbetrieb umgeschaltet werden. Hier stehen zwei Anlagen mit einer Nabenhöhe von 120 m auf dem Stadtgebiet Ansbach. Eine weitere Anlage befindet sich auf der Gemarkung Oberrammersdorf.

Herr Wickerath informiert den Ausschuss weiter über die Bildungsinitiative Klimaschutz.
Hier hebt er insbesondere das Stadtradeln hervor, dass 2016 zum neunten Mal in Ansbach stattfand. Das Rekordergebnis von 2015 konnte nicht geknackt werden. Dennoch

erradelten 15 % weniger Teilnehmer als im Vorjahr fast 50.000 Kilometer. Somit legte jeder Teilnehmer durchschnittlich mehr Kilometer als 2015 zurück. Insgesamt konnten hier ca. 7 Tonnen CO_2 eingespart werden.
Zeitgleich fand die Aktion „Kleine Klimaschützer unterwegs“ statt. Bei dieser Aktion geht es darum, dass Kinder während des Aktionszeitraums darauf achten, häufiger zu Fuß, mit dem Rad oder dem Roller in die Schule zu kommen. Die Punkte, die dafür vergeben werden, entsprechen 1:1 den Punkten für das Stadtradeln. Die Kinder überholten mit über 73.000 gesammelten „grünen Meilen“ hier die Stadtradler.

Im September fand zum elften Mal die Bio-Brotbox-Aktion in den Ansbacher Schulen statt. Bei der Aktion gehe es darum, den Erstklässlern ein gesundes Pausenbrot näher zu bringen. Die Befüllung der Bio-Brotbox erfolgt mit regionalen Produkten, die sich positiv auf die CO_2 -Bilanz auswirken.

Weiter berichtet Herr Wickerath darüber, dass die Ansbacher Kulturreihe „RESPECT“ im November mit dem Siemens-Förderpreis 2016 in Höhe von 10.000 Euro ausgezeichnet wurde. Der Förderpreis wurde von Herrn Landtagsabgeordneten Martin Stümpfig, Herrn Stadtrat Dr. Schön und Herrn Wickerath entgegengenommen. Der Förderpreis soll im Rahmen eines Ideenwettbewerbs an die Bevölkerung weitergegeben werden. Einsendeschluss für Bewerbungen ist der 27.02.2017.

In der anschließenden Diskussion zum Vortrag bedauert Herr Vorsitzender Forstmeier den Rückgang der erneuerbaren Energien.
Herr Stadtrat Sauerhammer bezweifelt, dass der Rückgang von 20% bei Solarenergie alleine durch die niedrigere Anzahl an Sonnenstunden in 2016 kommt. Ein Rückgang von 5-8% an Sonnenstunden, wie bei seinen eigenen Anlagen, begründe keinen Rückgang in der Tabelle von 20%. Herr Wickerath erläutert, dass die Daten von den Stadtwerken Ansbach auf Basis der eingespeisten Strommengen zur Verfügung gestellt werden. Von dort wurde ein Rückgang von 2000 Sonnenstunden in 2015 zu 1800 Sonnenstunden in 2016 gemeldet. Eventuell lasse sich der Rückgang mit einer Umstellung auf Solarspeicher in den Haushalten begründen.
Herr Vorsitzender Forstmeier merkt hierzu an, dass seine eigene Anlage im vergangenen Jahr eine höhere Ernte als 2015 abwarf und der Ertrag wohl auch von Standortfaktoren abhängig sei.

Frau Stadträtin Kernstock-Jeremias möchte wissen, ob der sog. Rebound-Effekt in Ansbach bereits untersucht wurde bzw. wie ihm entgegengewirkt wird. Als Rebound-Effekt bezeichnet man ein geändertes Nutzerverhalten durch Effizienzsteigerungen in Produkten, welches Energieeinsparungen teilweise wieder aufhebt. Herrn Wickerath sind hierzu keine Untersuchungen in Ansbach bekannt. Man versuche, diesem Phänomen durch Aufklärung der Bürger zu begegnen.

Dient zur Kenntnis.

TOP 2 Blühflächen - Antrag Herr Hüttinger

Herr Büschl bezieht sich auf den Antrag der BAP und händigt allen Anwesenden eine Stellungnahme der Verwaltung in Abdruck aus. In dieser Tischvorlage wird auf alle Punkte des Antrages eingegangen. Es erfolgt ein ergänzender Sachvortrag durch Herrn Büschl.

Im Stadtgebiet Ansbach erfolgt seit Jahren ein kontinuierlicher Umbau zu Gunsten von Blühflächen. So wurden beispielsweise im Neubaugebiet „Brechhausäcker“ in Meinhardswinden für die Ansaat mehrjährige heimische Pflanzen verwendet. Diese Ansaaten seien durch die geringere Blüte zwar weniger gefällig als einjährige, hätten aber einen niedrigeren Pflegeaufwand. Zudem müsse bei einjährigen Ansaaten oft ein Bodenaustausch zu Gunsten von magereren Böden vorgenommen werden. Je magerer der Boden sei, umso artenreicher sei die Pflanzenwelt.
Herr Stadtrat Bock erläutert hierzu, dass ein zu nährstoffhaltiger Boden zu einem nicht gewollten starken Bewuchs mit Klee führt, der den Wuchs der Ansaat erschwert.

Weiter erläutert Herr Büschl, dass auch im Bereich des Theresien-Gymnasiums eine Ansaat mit mehrjährigen Pflanzen stattfand.
Im Bereich der Bandelstraße an der Bushaltestelle wurde dagegen auf einer Fläche mit der Aussaat von einjährigen Blühmischungen experimentiert. Nach der Ansaat kam es im ersten Jahr zu hervorragenden Blühergebnissen, die sehr gefällig waren. Bei einjährigen Ansaaten sei jedoch immer ein Ausfall durch eine starke Vermehrung von Wurzelunkräutern oder zu geringe Niederschläge im Frühjahr zu befürchten.
Im Bereich des Parkplatzes Hofwiese wurde ebenfalls ein Grünstreifen mit einjährigen Saaten bepflanzt. Zwischenzeitlich wurde diese Bepflanzung auf mehrjährige Pflanzen umgestellt. Zudem gab es in diesem Bereich eine Kooperation zwischen der Stadtgärtnerei und der Güllschule. Im Rahmen dieses Projekts wurden Zwiebelpflanzen zum Verwildern in den Grünstreifen ausgebracht.
Im Bereich des Baugebietes „Hammerschmiedleiten“ und des Gewerbegebiets „Brodswinden-Süd“ wurden auf Ausgleichsflächen Wiesen angesät.

Problematisch seien immer innerstädtische Restgrünflächen, die im Zuge von Baumaßnahmen gerne für Baustelleneinrichtungen oder als Baustellenlager genutzt werden. Herr Büschl führt hier beispielsweise ein Areal in der Rothenburger Straße an. Dort wurde nach Ende der Baustelle vom Veranlasser eine Wiederherstellung verlangt und eine Umwandlung zur Blühfläche vorgenommen.

Selbst im Bereich der Südosttangente haben sich, nach der umstrittenen Fällung, in einigen Bereichen Sukzessionsflächen entwickelt, die sehr artenreich sind.

Ein Projekt zur Herstellung und Optimierung einer Ausgleichsfläche wird derzeit im Bereich der ehemaligen Hausmülldeponie in Wolfartswinden, jetzt Solarpark Wolfartswinden, verwirklicht. Herr Fritsche vom Umweltamt stellt das Projekt vor und erläutert, dass der Eingreifer, hier also der Pächter des Solarparks, die rechtliche Verantwortung für den Bau der Ausgleichsfläche trägt. Da im Solarpark Imker einen Schaubienenstand betreiben, ist der Blühaspekt bei der Herstellung der Ausgleichsfläche wichtig. Das erstellte Konzept sieht vor, auf der Freifläche neun Obst-Hochstämme aus alten Vermehrungen zu pflanzen und eine Blühfläche von einem lokalen Landwirt ansähen zu lassen. Die Maßnahme soll in Kooperation mit dem Anlagenbetreiber, dem Imkereiverein, einem örtlichen Landwirt und dem OGV durchgeführt werden. Es ist geplant die Pflanzak-

tion in Kooperation mit Schülern durchzuführen. Insgesamt läuft das Projekt sehr positiv.
Herr Büschl führt weiter aus, dass die Verwaltung sehr offen für eine Zusammenarbeit mit den Verbänden sei. Neben den im Antrag der BAP genannten sei auch die Zusammenarbeit mit dem LPV oder den Imkerverbänden wünschenswert. Insbesondere sei man an einer Zusammenarbeit im operativen Bereich interessiert. Er weist hier auf die bestehende Kooperation mit dem Vertreter des LbV, Herrn Bachmann, hin, der auch der städtische Fledermausbeauftragte ist. Die Zusammenarbeit funktioniere gut und es wurden z.B. bei einer kürzlichen Baumfällung viele zusätzliche Kästen angebracht.

Es ist geplant, die Verbände zu einem gemeinsamen Gespräch einzuladen um zu besprechen, was gemeinsam auf Umsetzungsebene erreicht werden kann.
Der Referent betont, dass ein Umbruch im Gange ist, bei dem ökologische Komponenten eine größere Rolle spielen. Gleichzeitig weist er aber auch darauf hin, dass der Antrag der BAP zur Anschaffung eines Balkenmähers in den Haushaltsberatungen abgelehnt wurde.

Frau Stadträtin Koch bittet im Bereich des Solarparks Wolfartswinden auch den Jagdpächter mit einzubeziehen, der sicherlich Interesse an einer Zusammenarbeit hätte. Herr Fritsche nimmt den Hinweis auf.

Herr Stadtrat Bock stellt die Vorteile eines Balkenmähers gegenüber dem Einsatz von Sauggeräten heraus. Sauggeräte vernichten Insekten wie Heuschrecken, Zweiflügler und Käfer, die wiederum Nahrung für die Vögel darstellen. Balken- bzw. Kreiselmäher seien durch die fehlende Saugwirkung ein Beitrag zur Biodiversität.
Herr Büschl führt an, dass in Ansbach auf den meisten Flächen keine Sauggeräte zum Einsatz kommen, in Ansbach würde überwiegend gemulcht.

Frau Stadträtin Krettinger stimmt den Ausführungen fachlich grundsätzlich zu und würde die Einrichtung eines übergreifenden Arbeitskreises mit den Verbänden sehr begrüßen. Sie bringt an, dass heute sehr schöne Beispiele für die Schaffung von Blühflächen gezeigt wurden, betont aber, dass immer Luft nach oben sei. Weiter führt sie aus, wie wichtig ein Grünflächenkataster sei, was in den Haushaltsberatungen jedoch regelmäßig abgelehnt werde.
Sie regt weiter an, auch Verfahren der Mähgutübertragung anzuwenden. Hierbei wird das Mähgut einer Fläche auf anderen Flächen zur Besamung ausgebracht. Es sei eine effektive und kostengünstige Maßnahme.

In Bezug auf ein Grünflächenkataster führt Herr Fritsche aus, dass die Problematik nicht die Erstanschaffung des notwendigen Programmes sei. Bereits jetzt werden das Ersatzgeldkonzept und Gewässerentwicklungskonzept im städtischen GIS gepflegt. Sinnvoll wäre zwar die Anschaffung eines weiteren Moduls im GIS; problematisch sei jedoch, dass viele verschiedene Ämter die einzelnen Flächen managen und sinnvollerweise den Zugriff auf die gleiche Plattform brauchen. Grundsätzlich ist jedoch nicht das Programm das Problem, sondern die Datenerfassung und Pflege. Hier müsse mit einer externen Kraft oder mit einer halben Stelle gerechnet werden.

Herr Stadtrat Sauerhammer betont, dass der Ausschuss durch Herrn Büschl eine sehr gute Darstellung der Gesamtsituation erhalten hat. Er informiert, dass er im Vorfeld der Sitzung mit Herrn Oehler vom Betriebsamt telefoniert hat. Herr Oehler hätte dabei ange-

führt, dass Bürgerbeschwerden zum Mähen von Flächen in den allermeisten Fällen zum Inhalt hätten, wann Flächen denn nun endlich gemäht werden.
Weiter weist Herr Stadtrat Sauerhammer die im Antrag genannte Kritik an den Landwirten zurück. Er selbst habe 10 Hektar im Vertragsnaturschutzprogramm laufen. Insgesamt seien im Stadtgebiet 150 Hektar in den Vertragsnaturschutzprogrammen. Dies bedeutet, dass 10% der städtischen Grünlandfläche mit vorgegebenen Auflagen wie Mahdzeitpunkt und Grüngutabfuhr bewirtschaftet werden.

Herr Büschl führt aus, dass in der Tat nicht gemähte Flächen im Innenstadtbereich manchen Bürgern schwer zu erklären seien. Hier sei viel Aufklärung notwendig um die Akzeptanz von Blühflächen zu verbessern. Zudem seien natürlich auch die personellen Kapazitäten beschränkt.

Herr Stadtrat Bock regt an, dass die Anwohner sich an der Pflege solcher Blühflächen beteiligen könnten.

Herr Fritsche weist darauf hin, dass in der durch Frau Stadträtin Krettinger ausgelegten LPV-Broschüre ein gutes Beispiel aus Goldkronach für die Beteiligung von Anwohnern bei der Pflege von öffentlichen Grünflächen beschrieben wird.
Es sei wichtig, die Gesamtstadt auf einzelne Flächen herunterzubrechen und im Kleinen auf Nachbarbeteiligung zu setzen, im Außenbereich aber beispielweise die Zusammenarbeit mit angrenzenden Landwirten im Fokus zu haben.

Herr Knörr berichtet, dass bei der Jahreshauptversammlung des Obst- und Gartenbauvereins Hennenbach beschlossen wurde, dass die Hennenbacher Gartler Baumpatenschaften übernehmen. Es sollen Anpflanzungen mit Zwiebelgewächsen vorgenommen werden, die öffentlichen Flächen sollen gegossen und sauber gehalten werden. Dieser Einsatz wird von den anwesenden Stadträten begrüßt.

Herr Vorsitzender Forstmeier weist darauf hin, dass es u. a. bei Veranstaltungen der Bachwoche bereits Beschwerden von Gästen über Unkrautbewuchs in Pflasterflächen gab. Hier sei man natürlich in einem Dilemma, da es durchaus wünschenswert wäre, die Ritzenvegetation zu belassen.

Frau Stadträtin Kernstock-Jeremias führt aus, wie wichtig die Aufklärung der Bürger ist und spricht sich dafür aus, Patenschaften für Wiesen und Flächen zu bewerben.

Auch Herr Stadtrat Sauerhammer plädiert dafür, dass Beispiel des Obst-und Gartenbauvereins Hennenbach in die Bevölkerung zu tragen. Er erkundigt sich weiter, ob eine Abstimmung zu dem Antrag notwendig sei und weist darauf hin, dass die Fraktion der CSU nicht für den Antrag stimmen würde.

Es wird sich dahingehend geeinigt, dass eine Abstimmung über den Antrag nicht notwendig ist, da die meisten Aspekte bereits in Arbeit seien und die Verwaltungsvorlage die Thematik des Antrages weitgehend abdeckt. Herr Stadtrat Bock, als Vertreter der antragstellenden Partei, bedankt für sich für den Sachvortrag und erklärt sich einverstanden mit der Zusage, dass sich die Verwaltung im Rahmen der Möglichkeiten weiterhin für die Schaffung von Blühflächen einsetzt und die genannten Organisationen im Frühjahr zu einer gemeinsamen Besprechung eingeladen werden. Dabei soll erörtert werden welchen Beitrag diese jeweils aktiv zum Thema beitragen können.

Herr Vorsitzender Forstmeier stellt abschließend fest, dass die meisten Anliegen des Antrages erledigt bzw. in Arbeit sind.

Dient zur Kenntnis.

TOP 3 Biberstatistik 2016

Herr Fritsche informiert über die Biberstatistik 2016. Zu Beginn des Vortrages verweist er auf die erste Folie der Präsentation. Das dort abgebildete Foto, geschossen mit einer Wildkamera der US-Army am Soldatenweiher, sei wahrscheinlich das erste Bild von lebenden Bibern im Stadtgebiet.

Er berichtet, dass aktuell von mindestens 18 Biberrevieren im Stadtgebiet auszugehen ist. Die Reviere bestehen an folgenden Gewässern:

- 3 an der Rezat
- 2 am Eichenbach (mit Soldatenweiher)
- 3 am Onolzbach (mit Scheerweiher)
- 2 am Hennenbach
- 3 am Silberbach (mit Silberbächlein/Feuchtlach)
- 1 Höllmühlbach (mit Kläranlage Höfen)
- 2 am Käferbach (mit Kläranlage Elpersdorf)
- 1 an Irrebach/Rohrgraben/Winterschneidbächlein (mit Kläranlage Winterschneidbach)
- 1 am Wiesengraben (mit Gemeindeweiher b. Bernhardswinden)

Von der Faustregel von 3,3 Bibern pro Revier ausgehend, entspricht dies etwa 60 Einzeltieren. Bei den vorgelegten Zahlen handle es sich natürlich um Momentaufnahmen, die wahrscheinlich von den aktuellen Zahlen abweichen. Insbesondere könne auch der strenge Winter wieder zu einer Verringerung der Population geführt haben.

Herr Fritsche berichtet, dass über den Bayerischen Biberschadensfond, durch den landwirtschaftliche, teichwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Schäden ausgeglichen werden, im Jahr 2016 ein Fraß- und ein Vernässungsschaden im Stadtgebiet reguliert wurde.

Die Kosten für den Biberberater sind im Vergleich zu 2015 im letzten Jahr gestiegen und betrugen 1.207,15 €. Alleine 14 Einsätze im Bereich der Kläranlage Neudorf trugen zur Kostensteigerung bei.

Herr Fritsche erläutert, dass es bei den Zugriffen rechtlich so geregelt sei, dass die Untere Naturschutzbehörde die Fangerlaubnisse erteile. Lediglich im Bereich der Kläranlagen und bei Hochwasserschutzanlagen bestehe über die Artenschutzrechtliche Ausnahmeverordnung (AVV) eine dauerhafte Ausnahmegenehmigung zum Fang.
Im Jahr 2016 wurden zwei Ausnahmegenehmigungen durch die Untere Naturschutzbehörde erteilt. Zudem wurden insgesamt fünf Fallen an den Kläranlagen in Neudorf, Höfen und Elpersdorf aufgestellt. Insgesamt kam es zu neun Biberfängen sowie einen Totfund und einen Biber, der sich selbst gefangen hatte.

Als diesjährige Schwerpunkte des Bibermanagements 2016 seien aufzuzählen:

- Im Bereich des Onolzbaches an der Neudorfer Mühle wurden Dämme beseitigt, hier kam es zu vier Biberfängen sowie einer erfolglosen Bejagung.
- Im Bereich der Rezat bei Wasserzell und in der Innenstadt wurden Beratungen und Baumschutzmaßnahmen durchgeführt.
- Am Winterschneidbächlein bzw. am Rohrgraben wurden eine Schadensaufnahme und eine Biberdammbeseitigung durchgeführt, zudem wurde im Dezember 2016 eine Fanggenehmigung erteilt.
- Auch im Bereich Käferbach/Kläranlage Elpersdorf gab es Dammbeseitigungen. Weiter wurde im Januar 2016 eine Fanggenehmigung erteilt und die Fallenbetreuung übernommen.
- Im Bereich Höllmühlbach/Kläranlage Höfen kam es zu einem Durchbruch des Klärteichdamms, der durch das Betriebsamt mittels Baggereinsatz repariert wurde.
- Im Bereich des Eichenbachs kam es im vergangenen Jahr zu einer Dammbeseitigung wegen einer Wiesenvernässung. Für den Bereich des Soldatenweihers fand eine Beratung der US-Army statt. Wegen evt. notwendigen Baumsicherungsmaßnahmen im Bereich der B14 wurde das Staatliche Bauamt informiert. Interessant sei hier auch, dass die US-Army im nächsten Jahr plane erstmals den Soldatenweiher zum Schauplatz des „EarthDay“ zu machen. Schwerpunkt dieser Veranstaltung sei das Thema „Wasser und Gewässer“. Hier biete es sich an, die Biber-Thematik zu präsentieren.

Herr Fritsche dankt in seinem Bericht ausdrücklich den Kollegen des Tiefbauamtes und des Betriebsamtes sowie dem Biberberater, Herrn Engelhard, für ihre dauerhaft gute Arbeit und das sofortige Ausrücken in Notfällen.

Anhand von aktuellen Bildern des Hennenbachs im Bereich des Reiterhofes weist Herr Fritsche auf Konflikte hin, die entstehen werden, wenn die Pferde dort wieder auf der Weide stehen. In diesem Bereich sind die Uferstreifen lediglich zwei Meter breit, der Biberbau sei in einem der Teiche. Er weist darauf hin, dass die Biber den Bach kostenfrei renaturieren würden, wenn der Uferstreifen eine Breite von 10 m hätte und in öffentlichem Eigentum wäre.

Zum Abschluss des Vortrags verweist Herr Fritsche auf zwei Broschüren des Landesamts für Umwelt, die im Eingangsbereich ausliegen.

Herr Stadtrat Müller merkt an, dass es gegenüber der Feuerwehr an der Rezat oft aussähe, als hätten „Riesen Mikado“ gespielt. Herr Fritsche erklärt hierzu, dass die Unterhaltslast für die Rezat beim Wasserwirtschaftsamt liege und Unterhaltsmaßnahmen wohl vorwiegend dann stattfänden, wenn Bäume verkehrsgefährdend seien bzw. auf den Radweg zu stürzen drohten.
Herr Stadtrat Müller erkundigt sich weiter, was denn mit den gefangenen Bibern passiere. Herr Fritsche erklärt, dass die Tiere erschossen würden. Für Biber bestehe ein Vermarktungsverbot, sie dürften aber verschenkt werden. Kleinere Exemplare werden meist in die Tierkörperbeseitigungsanlage gebracht.
Herr Stadtrat Hillermeier fragt nach dem Gewicht eines Bibers. Dieses wird von Herrn Fritsche mit bis zu 18 Kilogramm angegeben.

Dient zur Kenntnis.

TOP 4 Messwerte Luftgütemessstation 2016

Herr Brenner informiert anhand von Tabellen und Säulendiagrammen über die Auswertungen der Luftgütemessstationen in Ansbach, die von der Regierung von Mittelfranken übermittelt wurden. Relevant seien hier die zwei Parameter für Feinstaub und Stickoxide.

Der Jahresmittelwert für Feinstaub beträgt:

- bei PM 10: 18 µg/m³ (bei einem Grenzwert von 40 µg/m³) und
- bei PM 25: 12 µg/m³ (bei einem Grenzwert von 25 µg/m³ (in Stufe 1 ab 2015) und 20 µg/m³ (in Stufe 2 ab 2020))

Der Grenzwert für den Tagesmittelwert von 50 µg/m³, der jährlich an 35 Tagen überschritten werden darf, wurde an einem Tag überschritten.

Auch bei den Stickoxiden liegt Ansbach mit dem Jahresmittelwert von 33 µg/m³ unterhalb des Grenzwertes. Die Stundenmittelwerte wurden im Jahr 2016 an keinem Tag überschritten.
In den schematischen Darstellungen sei zwar erkennbar, dass die Werte weiterhin zurückgingen, eine Verflachung der Kurve sei jedoch erkennbar.
Verglichen mit den umliegenden Messstationen sei festzustellen, dass alle Messstationen beim Feinstaub unter den Grenzwerten geblieben sind. Im Bereich der Stickoxide gab es an der Messstation Von-der-Tann-Straße in Nürnberg Überschreitungen im Jahresmittelwert. Dies sei typisch für verkehrsnahe Messstationen.

Bei den Aussichten für 2017 sei auffallend, dass die im Januar und Februar herrschende Inversionswetterlage bereits zu neun Überschreitungen der zulässigen Tagesmittelwerte für Feinstaub in Ansbach geführt hat. Von der weiteren Witterung in den Wintermonaten sei es abhängig, ob die Anzahl von 35 zulässigen Überschreitungen im Jahr 2017 eingehalten werden kann.

Bezüglich der Messstation zur Untersuchung des luftgetragenen Eintrags persistenter Schadstoffe ins Ökosystem mittels Bioindikatoren informiert Herr Brenner, dass das LfU für die 2016 errichtete Messstation an der Residenzstraße Ergebnisse vorgelegt hat. Die Datenerhebung erfolgt hier über sog. Passivsammler und Bergerhoff-Sammler und durch Weidelgraskulturen. Die aktuelle vorläufige Untersuchung zur Standortprüfung wird 2017 noch fortgeführt. Eine endgültige Standortwahl für dauerhafte Messstationen und deren Errichtung erfolgt 2017/2018 durch das LfU.

Bei den vom LfU übermittelten Daten zeigen sich erwartungsgemäß vor allem Staubniederschläge von Eisen und Aluminium, aber auch anderen Metallen. Interessant sei jedoch der Eintrag der auf der Schautafel mit „Rest“ bezeichneten Metalle. Hier handle es sich u.a. um Zinn und Antimon, die durch den Abrieb von Kupplungs- und Bremsbelägen entstünden.

Bei den ermittelten Werten in den Graskulturen zeige sich, dass die Messwerte auf ähnlichem Niveau wie an anderen verkehrsnahen Messpunkten sind. Es gibt keine Über-

schreitung der Immissionswerte nach der TA Luft oder den Höchstgehalten für Pflanzliche Lebens- oder Futtermittel nach europäischen Richtlinien.

Frau Stadträtin Krettinger erkundigt sich, ob das Wetter die Hauptursache für den nur leichten Rückgang der vergangenen Jahresbilanzen gewesen sei. Lt. Herrn Brenner könnten hier nur Mutmaßungen darüber vorgenommen werden welchen Anteil die Wetterlage an den leicht rückläufigen Zahlen hätte. Hier spielten mehrere Einzelfaktoren eine Rolle, auch die Einzelfeuerungsanlagen, die lt. 1.BImschV an immer niedrigere Grenzwerte gebunden sind, dürften nicht vergessen werden.
Bei den Stickoxiden handle es sich vorwiegend um Verkehrsparameter. Bei der Senkung dieser Parameter sei man auf die Bundesregierung angewiesen und welche Konsequenzen aus dem Abgasskandal gezogen würden.
Das LfU arbeite weiter an der Aufarbeitung der Messdaten, sollten sich neue Erkenntnisse ergeben, erfolge eine Berichterstattung im Umweltausschuss.

Herr Stadtrat Sauerhöfer möchte wissen, was mit der Messstation passiere, wenn die Abbiegespur an der Residenzstraße gebaut wird. Herr Büschl weist darauf hin, dass die Messstation an ihrem Standort verbleibt, da sie aus verkehrsrechtlicher Sicht keine Sichtbehinderung darstellt. Nach Auskunft von Herrn Brenner müsse man hier zwischen der Baustellenzeit und dem späteren Heranrücken der Messstation an die Residenzstraße unterscheiden. Das Staatliche Bauamt sei bezüglich der Messstation in Kontakt mit dem LfU. Für verkehrsnahe Messstationen gäbe es Anforderungen, wie weit diese höchstens vom laufenden Verkehr entfernt sein dürfen, für einen Mindestabstand vom Verkehr gäbe es jedoch keine Anforderungen. Der Bau der Abbiegespur habe nach Ansicht des LfU nicht zwangsläufig Erhöhungen der Messwerte zur Folge. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass sich der Verkehr auf eine zusätzliche Spur verteilt, was sich wiederum auf den Verkehrsfluss und die Luftströmung auswirken kann.
Während der Bauzeit müsse man unterscheiden zwischen zwei Emmissionen, nämlich die durch Baumaschinen zum Einen und durch den Umschlag von Baustoffen zum Anderen. Bezüglich der Baumaschinen gelte ab 2019 eine neue Verordnung der Bayerischen Landesregierung auch für die Stadt Ansbach. Bereits jetzt müsse man aber insbesondere auf eine nasse Deposition von Staub bei z.B. Fräsarbeiten achten.
Das Umweltamt rufe die Messdaten jedoch täglich ab und wäre hier in der Lage bei Überschreitungen zeitnah einzuschreiten.

Dient zur Kenntnis.

TOP 5 Anfragen/Bekanntgaben

Anfragen:

Frau Stadträtin Krettinger bittet darum eine Kontrolle der Amphibientunnel-Leitereinrichtungen rechtzeitig vor der Amphibienwanderung vorzunehmen um eine Verkrautung der Tunneleinläufe zu verhindern.

Bekanntgaben:

a) PFC-Schaden in Katterbach

Herr Brenner berichtet, dass die Pilotanlage in Katterbach zwischenzeitlich durch eine permanente Anlage abgelöst wurde. Diese erfasst nun alle Zuläufe der Katterbachverrohrung im Bereich der Dentalklinik, einschließlich des Wassers aus dem Kanalbett.
Die Einleitewerte bewegen sich im Bereich der Nachweisgrenze und werden regelmäßig an das Umweltamt übermittelt.
Die vom Umweltamt geforderte Detailuntersuchung befindet sich nun nach der Erstellung des Leistungsverzeichnisses und der Ausschreibung kurz vor der Auftragsvergabe durch die USGA.
Der installierte Arbeitskreis aus Stadt Ansbach, Landratsamt, BImA und den Amerikanern trifft sich weiterhin regelmäßig.

Frau Stadträtin Kernstock-Jeremias bittet um Auskunft, ob die im Norden ermittelten Schäden auch durch die Anlage gereinigt werden und ob Wengenstadt vom PFC-Schaden betroffen ist. Herr Brenner erklärt, dass keine Erkenntnisse für Belastungen in Wengenstadt vorliegen. Die festgestellten PFC-Belastungen im Norden der Kaserne führen zum Teil zu Abflüssen in den Landkreis, weshalb nun hier auch das Landratsamt beteiligt wird. Man wisse derzeit nur, dass aufgrund der bekannten Untersuchungen zusätzliche Belastungen im Norden vorliegen. Weitere Erkenntnisse werden mit den Ergebnissen der Detailuntersuchung Ende des Jahres erwartet.

b) Artenschutzwoche

Die Artenschutzwoche findet seit zwölf Jahren in Kooperation mit den Verbänden in Stadt und Landkreis Ansbach in Rahmen der BayernTourNatur statt.
Aufgrund personeller Engpässe bei den Verbänden könne die Veranstaltung heuer nicht mehr in gleichen Rahmen wie in den Vorjahren stattfinden. Die Stadt Ansbach bindet ihre Veranstaltungen in die BayernTourNatur ein. Den gewohnten Flyer zur Artenschutzwoche wird es nicht geben, Veranstaltungen können auf der Website der BayernTourNatur abgerufen werden.

Dient zur Kenntnis.

Auflageverfahren

Die Niederschrift über die Sitzung des Umweltausschusses vom 13.06.2016 wurde durch Auflage genehmigt.

Werner Forstmeier	Anja Kalmhöfer
Vorsitzender	Schriftführer/in